

Abstractsammlung



entangled citizens.

Intersektionalität in der Politischen Bildung

2. Vienna Conference on Citizenship Education

Who Cares About Intersectionality? Soziale Verletzlichkeit, Betroffenheit & Widerstandsquellen Politischer Bildung

Judith Bahlig und Jan Niggemann (Alice Salomon Hochschule Berlin, Universität Wien)

“Survival is not a theory.

In what way do I contribute to the subjugation of any part of those who I define as my people?

Insight must illuminate the particulars of our lives:

who labors to make the bread we waste, or the energy it takes to make nuclear poisons which will not biodegrade for one thousand years; or who goes blind assembling the microtransistors in our inexpensive calculators?”

Audre Lorde, *Sister Outsider: Essays and Speeches*

Unsere Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit ermöglichen uns eine solidarisch-kritische Perspektive auf Intersektionalität. Wir stellen Möglichkeiten vor, zwischen verschiedenen Auffassungen von Intersektionalität unterscheiden zu lernen, um sich im breiten Feld zu orientieren. Wir diskutieren Intersektionalität als produktive Perspektive und wollen mögliche Fallstricke ausloten. Inwiefern sich hier produktive Spannungen ausarbeiten lassen, versuchen wir, durch den Dialog mit Überlegungen aus der Hegemonietheorie, Prämissen der Cultural Studies und engagierten Pädagogik zu demonstrieren.

Wir greifen dazu das Konzept Sozialer Verletzlichkeit von María do Mar Castro Varela auf und erörtern die nekropolitische Dimension der Frage nach den Intersektionen von Erfahrungen von Benachteiligung und Marginalisierung.

Wir möchten für kritische Wachsamkeit gegenüber riskanten Hashtagpolitiken sorgen und Solidarität jenseits von Sympathie und Affinität ermöglichen.

Wir schlagen vor, in der Politischen Bildung soziale Privilegierungen und Deprivilegierung als Artikulationen aufzufassen und Heterogenität anzuerkennen.

Wir werden uns mit Prämissen intersektionaler Anti-Gewalt-Arbeit beschäftigen und die Frage fokussieren, welche Menschen auf einer Position maximaler Vulnerabilität erheblich mehr Gewalt erfahren und was wir lernen, wenn wir exkludierte Stimmen und Perspektiven vernehmen können und dementsprechend anders handeln.

Schließlich diskutieren wir einige kritische Beobachtungen, die mit der Akademisierung von Konzepten sozialer Bewegungen einhergehen:

- Wird Intersektionalität für die akademische oder individuelle Profilbildung ausgebeutet und widerständiges Wissen zur Re-Etablierung des *status quo* appropriiert?
- Wird sie im Ringen um Anerkennung zur Ware und zu einer „ornamental intersectionality“ (Sirma Bilge)/„non-performative Performance“ (Sara Ahmed) oder
- lässt sich dank ihr das Dilemma der Sichtbarmachung von Gewalterfahrungen sowie Widerstandspraxen zusammen mit vielfältigsten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen produktiv und pragmatisch gestalten?

Abschließend möchten wir auf – aus unserer Sicht – gelingende Bildungs- und Bündnispolitiken bzw. -praxen verweisen, die Hoffnung nähren und kollektive Sorge um Theoriearbeit und Praxis in der Politischen Bildung organisieren und gestalten.

Schluss mit der Reinigungsarbeit – macht euch schmutzig! Verwickelte Bildungen jenseits von Bürger*innenschaft

Werner Friedrichs (Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

Die Suche nach Mitteln gegen Diskriminierungen stellt eine unendliche Aufgabe dar. Dass es sich gegenwärtig bei der Mehrzahl der Fälle nicht mehr um offene Mechanismen handelt, macht die Sache nicht einfacher: Strukturen werden subtiler und gerinnen zu latenten Praxen. D. h. auch wenn Unterdrückungsformen in ihrer expliziten Form im öffentlichen Raum mitunter zurückgedrängt werden können, wirken sie subkutan in Mikropraxen weiter. Damit verliert die Frage danach, *gegen wen* sich Diskriminierungsformen richten, ihren heuristischen Wert. Denn Mikropraxen operieren unterhalb der Sichtbarkeitsschwelle, sodass die diskriminierten sozialen Gruppen nicht also solche vernehmbar (Ranciè 2002) und adressierbar sind. Es geht dann weniger um die Vulnerabilität bestimmter Anderer, sondern um opake Strukturen der Exklusion. Nach dem Verschwinden offener Formen der Diskriminierung wirkt die materiale Ungleichheitsproduktion in einer Verschränkung unterschiedlicher Ungleichheit produzierender Schichten und Strata weiter – in einer Intersektionalität.

Um sich diesen Ausschließungspraxen zu nähern, sie begreiflich zu machen und sie als Problem zu erkennen, muss der Ausgangsort geändert werden. Solange der nämlich im gereinigten Menschen – als „männlicher, weißer Stadtbewohner, Sprecher einer Standardsprache, heterosexuelles Glied einer Reproduktionseinheit und vollwertiger Bürger eines anerkannten Gemeinwesens“ (Braidotti 2014, 70) – besteht, werden die materialen Praxen nicht in ihren Wirkungsweisen begreiflich. Stattdessen muss von einem *entangled subject* ausgegangen werden. Einer Subjektivität, die haarig statt glatt (Latour), die schmutzig statt gereinigt (Haraway), verteilt statt konzentriert ist. Eine *muddy identity* – „intersectional“ (Parisi 2004).

Jenseits differenzierender Reinigungsarbeit sollten wir eine verteilte, *kompostierte* (Haraway 2018) *agency* zum neuen Ausgangsort erklären. Vor diesem Hintergrund muss die Frage aufgeworfen werden, ob das Konzept des *citizen* geeignet ist, eine Gleichfreiheit herzustellen (Balibar 2012, 2015) – ob die Figur *entangled citizen* nicht sogar ein Oxymoron darstellt und schließlich ob das Phänomen der Intersektionalität nicht eher eine Demokratie als „*nomadic project*“ (Braidotti 2011, 238ff.) und ein *Nomadic-Citizenship-Konzept* (vgl. ebd.) erfordert

Kunst, Politische Bildung und Active Urban Citizenship. Intersektionelle Erkundungen eines experimentellen Lernortes

Annette Sprung, Brigitte Kukovetz und Petra Wlasak (Universität Graz)

Der vorgeschlagene Beitrag stellt ausgewählte Aspekte eines laufenden Projektes zur Diskussion, welches an der Schnittstelle von politischer Bildung, Kunst und Wissenschaft angesiedelt ist. Im Rahmen des Grazer Kulturjahres 2020 wird im Projekt „*Active Urban Citizenship – von Utopien des Zusammenlebens zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung*“ der Frage nachgegangen, wie sich Frauen* mit unterschiedlichsten Lebensrealitäten, Herkunftsn, Bedürfnissen und Interessen politische Partizipation und Active Citizenship im weitesten Sinne vorstellen und wie sie diese bereits leben.

Zentraler Lernort ist ein Living Lab – eine partizipativ und experimentell gestaltete Workshopreihe, die in einem Stadtteilcafé für Frauen im Grazer Bezirk Lend stattfindet. Im Living Lab trifft eine in mehrerlei Hinsicht heterogene Gruppe zusammen, wobei insbesondere geschlechts- und migrationsspezifische Aspekte Berücksichtigung finden. Die Gruppe entwickelt unter der Begleitung von zwei Künstlerinnen ihre Utopien aktiver Partizipationsmöglichkeiten in der Stadt – u. a. durch gemeinsame Stadtspaziergänge, Arbeit mit Stadtplänen sowie Foto- und Textkreation. Die Ergebnisse münden in eine Ausstellung im öffentlichen Raum.

Der gesamte Prozess wird in Form von teilnehmenden Beobachtungen, Gruppendiskussionen und anhand der kreierten Texte und Fotos wissenschaftlich erforscht. Ein Fokus liegt auf Dynamiken und Hierarchien innerhalb der Gruppe, der Form und Entwicklung des Aushandlungsprozesses der Frauen untereinander sowie die unterschiedlichen Utopien einer Active Citizenship.

Aus intersektioneller Perspektive wird erforscht, welche sozialen Hintergründe bzw. Kategorien die Positionen der Frauen im Prozess stärken bzw. schwächen und wie die Gruppe mit ungleichen Ausgangssituationen für die Kreation einer „inclusive Citizenship“ (Lister 2007) umgeht bzw. diese auszugleichen versucht.

Im Vortrag werden das Konzept des Living Labs erste Forschungsergebnisse und eine Reflexion der Durchführung mit Fokus auf die Machtverhältnisse, Ungleichheit(en) und Gruppendynamik unter den Teilnehmerinnen präsentiert. Das übergeordnete Erkenntnisinteresse richtet sich auf Potenziale der Förderung politischer Bildungsprozesse bzw. aktiver Bürger*innenschaft mittels künstlerischer und experimenteller Methoden.

Genderspezifisches Projekt „PowerMind – empower yourself!“

Saloua Mohammed Oulad M'Hand (Technische Hochschule Köln)

Das genderspezifische Projekt „PowerMind- empower yourself!“ wurde von den Sozialarbeiterinnen Saloua Mohammed Oulad M'Hand (M.A.) und Malika Imzouaren konzipiert und umgesetzt. Im Fokus dieses sozialpädagogischen Angebots stehen Mädchen und Frauen zwischen 16 und 27 Jahren. Die Ansprache der Zielgruppe erfolgt sowohl gezielt durch die Sozialarbeiterinnen, als auch durch die Anwerbung über Peers aus dem Stadtteil Bonn-Tannenbusch, der gleichzeitig der Sozialraum für den großen Teil der Teilnehmerinnen darstellt. Ziel dieses Projekts ist es zunächst, einen geschützten Raum anzubieten, in dem die Teilnehmerinnen sich mitteilen, austauschen und unterstützen können. Es ist zudem ein Raum, der mit einer hohen Sensibilität und Wertschätzung von den Teilnehmerinnen selbst verwaltet wird. Die Vulnerabilität und der Schmerz, die durch Rassismus-, Diskriminierungs- und Ausschlusserfahrungen erlebt werden, werden in diesem geschützten Raum offengelegt und anschließend reflektiert. Die Sozialarbeiterinnen begleiten und unterstützen den Prozess, um zunächst erlebten Schmerz und Handlungslosigkeit zu verbalisieren und somit aussprechbar zu machen. In einem weiteren Schritt werden gemeinsam mit den Teilnehmerinnen von methodengeleitete Handlungsstrategien im Umgang mit den erlebten Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen erarbeitet.

Ein weiteres Ziel ist es, die Teilnehmerinnen dahingehend zu begleiten und zu befähigen, aus der ihnen durch Rassismus und Diskriminierung aufgezwungenen Bevormundung, Machtlosigkeit und den Erstarrungsmomenten hin zum aktiven Handeln als mündiges und gestärktes Subjekt zu finden. Dieser geschützte Raum erweist sich als eine hilfreiche Möglichkeit für die Teilnehmerinnen, sich über Themen wie z.B. vorhandene rassistische gesellschaftliche und institutionelle Strukturen, Zugangs-, Partizipations- und Ressourcenverweigerung sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft auszutauschen. Gemeinsam wird analysiert, in welchen komplexen Zusammenhängen Differenzlinien, Privilegien, Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie die Markierung als „Fremde“ mit gesellschaftlichen Entwicklungen wie beispielsweise dem Erstarken des Rechtsterrorismus, -populismus und -extremismus in Deutschland stehen. Hierfür werden die Teilnehmerinnen in ihren Gedanken- und Verarbeitungsprozessen durch theoretische Impulse, Diskussionsrunden und Rollenspiele unterstützt. Die theoretisch angeleiteten Impulse unterstützen die Teilnehmerinnen dabei, eigene Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen in theoretische Diskurse einordnen zu können, um zunächst einmal ein kognitives Verständnis zu entwickeln. In einem weiteren Schritt werden die Teilnehmerinnen dabei unterstützt, Muster zu erkennen, indem sie erfassen, in welchen Zusammenhängen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Ressourcen(verweigerung) und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stehen (können). Das somit Erlebte kann hierdurch kognitiv eingeordnet, benannt, reflektiert und gemeinsam aufgearbeitet werden.

Gewerkschaftliche Bildung und Intersektionalität

Martin Haselwanter (Universität Innsbruck)

Für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sind die Interessen von Arbeiter*innen sowie der Begriff der Arbeit wesentlich. Im Kontext kapitalistischer Arbeit zeigen sich Sonja Buckel (2015) folgend u.a. klassenspezifische, geschlechtshierarchische, neokoloniale und ethnisierende Herrschaftsverhältnisse.

Anhand des ÖGB, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, geht der Beitrag der Frage nach, wie die Verwobenheit dieser Herrschaftsverhältnisse im Rahmen von gewerkschaftlicher Bildungsarbeit thematisiert wird.

In einem ersten Schritt werden dabei die Aufgabenbereiche des ÖGB sowie Eckpunkte gewerkschaftlicher Bildungsarbeit konkretisiert. Folgend stehen Ausführungen hinsichtlich einer intersektionalen Betrachtungsweise der kapitalistischen Vergesellschaftung im Mittelpunkt. Sodann erfolgt eine Analyse intersektionaler Herangehensweisen anhand exemplarischer Beispiele, wie dem „Frauenpolitischen Lehrgang“, dem Bildungsangebot von „weltumspannend arbeiten“ und der „Sezonieri – Kampagne für die Rechte der Erntehelfer_innen in Österreich“.

Der Beitrag verbindet die Darstellung gewerkschaftlicher Bildung in Österreich mit der Frage nach intersektionalen Bildungspraxen.

Funktion(en) der Form von Demokratiebildung. Reflektion des Projekts ANERKANNT – Arbeitnehmendenvertretungen für Anerkennungskultur im Betrieb

Falko Blumenthal (Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes)

„ANERKANNT“ im Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbunds ist ein mit „entangled citizens“ arbeitendes Projekt. Ich möchte zur Frage nach Beiträgen aus politikdidaktischer Perspektive zugunsten von Inklusion, Teilhabe und Wertschätzung eine Reflektion des Projektdesigns und seiner Weiterentwicklung vorstellen. Das vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Bildungsprojekt bietet Seminare und Vernetzung für Interessenvertreter*innen an. Sie sollen befähigt werden, das Themenfeld Anerkennung von ausländischen Berufsbildungsabschlüssen im Betrieb auf die Tagesordnung zu setzen. In politischer Hinsicht soll eine betriebliche und gesellschaftliche Anerkennungskultur angestoßen werden, die inklusiv und solidarisch Teilhabeprozesse für als migrantisch gelesene Beschäftigte ermöglicht. In prekären Branchen, in migrantisch und weiblich geprägten Berufen und an den Rändern des mitunter auch strukturell rassistisch beeinflussten Gesichtsfeld der sogenannten Mehrheitsgesellschaft wird das Projektdesign jedoch herausgefordert. Daher haben wir einerseits den Fokus auf non-formal und informell erworbene Qualifikationen erweitert: Anerkennung von „Kompetenz“ im Beruf soll als Schlüssel zu Kollegialität und Solidarität, zur gegenseitigen sozialen Integration dienen. Andererseits habe ich 2019 vier Austauschveranstaltungen mit un- und dequalifizierten Betroffenen sowie Multiplikator*innen durchgeführt. Aus lernendenorientierter Perspektive sollten die Umriss von zielgruppenadäquater Bildungsarbeit festgestellt werden. Die vier „Fokusgruppen“ haben vor allem aufgezeigt, wie eng die *äußere Form von Bildungsangeboten* mit *didaktischen Möglichkeiten* verzahnt ist: Schichtarbeit, Sorgearbeit, religiöse Pflichten und fehlende Freistellung werden als ebenso hohe Hürden wahrgenommen wie Mangel an Sprachkenntnissen oder interkultureller Kompetenz der am Lernprozess Beteiligten. Im Gespräch, u.a. zwischen Berater*innen und Arbeiter*innen mit migrations- und arbeitsrechtlichem Beratungsbedarf, konnten aus Lernendensicht schlüssige Schnittstellen zwischen Informationsangeboten, Beratung und politischem Empowerment skizziert werden. Branchenübergreifend werden orts- und zeitflexible hybride Angebote zwischen Informationsarbeit, etwa vor Ort vor Schichtbeginn, und Coaching für politische Arbeit, per Telefon als auch in Klausuren, eingefordert. Diese eher technisch anmutenden Anforderungen sind eine auch normative und theoretische Herausforderung für die klassische politische Bildung. Im Zusammenhang mit Digitalisierung und Kontaktbeschränkungen in der Pandemie laden die Erfahrungen des Projekts ANERKANNT dazu ein, formale, zeitliche, örtliche und technische Voraussetzungen und Bestandteile von Bildungspraxis mit in didaktische und theoretische Überlegungen für eine intersektional anspruchsvolle Demokratiebildung aufzunehmen.

Intersektionalität als Workshopthema – Reflexionen aus der Praxis

Urmila Goel (Humboldt-Universität Berlin)

Sowohl als Wissenschaftlerin als auch als freiberufliche Trainerin beschäftige ich mit Intersektionalität. So habe ich Workshops in verschiedenen Kontexten (Gleichstellungsbeauftragte, NGOs, kleine Initiativen, etc.) zu Intersektionalität durchgeführt und Vorträge gehalten. Aufbauend auf den Überlegungen in Goel und Stein (2012) will ich in dem Vortrag die Potenziale und Herausforderungen von Workshops zu Intersektionalität (in relativ homogenen Gruppen) diskutieren. Insbesondere interessiert mich, wie eine Gleichsetzung unterschiedlicher Diskriminierungsverhältnisse vermieden und wie die Teilnehmenden ihre eigene komplexe Verflochtenheit in Machtverhältnisse reflektieren können.

Geschlecht (v)erlernen

Judith Goetz (Universität Wien)

Ausgehend von der Annahme, dass Geschlecht nach wie vor als sozialer Platzanweiser fungiert, stellt auch das Bildungssystem einen zentralen Ort der (Re-)Produktion hegemonialer Geschlechterordnungen dar. Für viele Kinder und Jugendliche sind Diskriminierungen aufgrund von unterschiedlichen, meist miteinander verschränkten Benachteiligungsfaktoren, zu denen neben Geschlecht beispielsweise auch soziale oder geographische Herkunft zählen, eine gesellschaftliche Realität, die sie tagtäglich erleben. So fungiert insbesondere die Institution Schule neben der Familie als zentrales Feld der Verinnerlichung bestimmter Vorstellungen von Ungleichheitskategorien wie von Geschlecht und Geschlechterrollen.

Intersektional gedachte, geschlechterreflektierte Bildungs-, Erziehungs- und Sozialarbeit versucht daher nicht nur, von Diskriminierung betroffene Menschen dabei zu unterstützen, ihre diesbezüglich gemachten Erfahrungen zu verarbeiten, sondern auch präventive Ansätze zu entwickeln. So zielen inklusive, diversitätsbewusste und geschlechterreflektierende Konzepte einerseits darauf ab, Strategien zu entwickeln, die durch die Anerkennung gesellschaftlicher Heterogenität und Diversität das Recht auf Gleichbehandlung aller Menschen in die Praxis umsetzen. Andererseits sind derartige Bestrebungen darum bemüht, langfristig jene Strukturen, die Benachteiligung begünstigen, zu verändern.

Demnach bietet auch die Schule die Möglichkeit, Geschlechtervorstellungen zu bearbeiten und zu verändern. Gerade weil intersektional gedachte, geschlechterbewusste Bildung maßgeblich zum Abbau von Geschlechterungleichheiten beitragen könnte, wird im Vortrag nach wirksamen Möglichkeiten der Förderung von Geschlechterdemokratie – verstanden als die Gleichstellung und gleichberechtigte Teilhabe sowie Abbau von Diskriminierung aller geschlechtlichen Identitäten – in der Mittelschule gefragt. Unter Zuhilfenahme der Methode der Politikdidaktischen Rekonstruktion (Lange 2007) wurden mittels einer empirischen Untersuchung (in Form von problemzentrierten Interviews mit 13-/14-jährigen Mittelschüler*innen) Gender-Vorstellungen von Schüler*innen erhoben und das damit verbundene Lernpotential (z.B. bisherige Wissensbestände und Alltagsvorstellungen) herausgearbeitet, um aufbauend darauf Anknüpfungspunkte für die Stärkung, Veränderung und/oder Modifikation geschlechterdemokratischer Vorstellungen auszuloten und neue Lernangebote zu schaffen.

Affekte als vernachlässigte Kategorie der Politischen Bildung gegen Antisemitismus

Marc Grimm (Universität Bielefeld)

Im Antisemitismus verschränken sich Kognition und Affekt. Häufig allerdings, so der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus (2017), „bleibt in pädagogischen Kontexten kein Raum für den Umgang mit diesen Emotionen. So wird stattdessen auf entlastende Erklärungsmuster zurückgegriffen.“

Aus der stark affektiven Dimension des Antisemitismus ergeben sich Konsequenzen für die Bildungsarbeit, die im Vortrag anhand von drei Punkte diskutieren werden.

1. Emotionen gehen Einstellungen, Haltung und Dispositionen entweder voraus oder einher mit diesen (Müller 2019). Hinzu kommt bei jungen Menschen, dass Sozialisation und Identitätsbildung, in denen das Selbstverständnis- und Selbstbild konstituiert wird, häufig bereits stark affektiv besetzt sind. Antisemitische Topoi sind hier häufig anschlussfähig, sie bieten u.a. Möglichkeiten der Identifikation mit pseudo-rebellischen Positionen.

2. Albert Scherr und Barbara Schäuble zeigen in ihrer Studie, dass Antisemitismus bei jungen Menschen selten als geschlossenes Weltbild auftritt. „Typischer sind [...] antisemitische Fragmente, die in der Alltagskommunikation verwendet werden“ (Scherr 2013, 272), die sich uneindeutig neben antiantisemitischen und dem Thema gegenüber gleichgültigen Aussagen finden.

3. Was also ist die adäquate Reaktion auf antisemitische Äußerungen? Es lassen sich hier analytisch zwei Positionen identifizieren. Die eine (A) geht davon aus, „dass Antisemitismus in der Schule immer, eindeutig, konsequent und unmissverständlich widersprochen wird, um Worte nicht zu Taten werden zu lassen.“ (Salzborn/Kurth 2019, 6). Gleichzeitig (B) besteht im pädagogischen Kontext in der Schule auch die Herausforderung, an bestehende Denk-, Handlungs- und Urteilsmöglichkeiten anzusetzen, um diese reflektieren, fundieren und erweitern zu können (Müller 2018).

Im Vortrag werden die genannten drei Punkte ausgeführt und es werden die Konsequenzen diskutiert, die sich daraus sowohl für die kognitive als auch die sozial-emotionale Arbeit gegen Antisemitismus ergeben. Hier wird auch die Spannung aufgenommen, die es innerhalb der Fachdiskussion über antisemitismuskritische Arbeit gibt, die um die Frage kreist, ob diese zielgruppenspezifisch zu erfolgen hat, oder ob die zielgruppenspezifische Arbeit Gefahr läuft, bestehende Zuschreibungen an Minderheiten zu verfestigen, und deswegen universalistische Ansätze zu bevorzugen wären. Abschließend wird anhand von Unterrichtsmaterialien (Grimm 2019) beispielhaft aufgezeigt, wie die politische Bildungsarbeit gegen Antisemitismus von dem strukturierten und bewussten Einbezug von Affekten profitieren kann.

Entangled in Citizenship(s): Arab and Jewish young adults and civics education in Israel

Gal Levy und Mohammad Massalha (The Open University of Israel)

While civic education ought to prepare one for life as an adult citizen, the question of how does it actually shape one's conception of citizenship is barely asked. By and large, the extant scholarship on civic education follows one of two main strands: the one focuses mostly on the curriculum asking what is the knowledge that citizenship education transmits; the other inquires what kinds of citizens it seeks to form. Either way, the predominant approach is looking at citizenship education from the perspective of either the official curriculum or the assumed intentions of educational policymakers. Rarely has this research examined how citizenship education is *received* by young adults as they experience their first years as citizens. Hence, we ask *what do graduates of the Israeli education system take and internalize from their experience of civic education in high school.*

To probe this question, we investigate the reception of civic education by recent high school graduates (19-21 year-olds) of various social backgrounds. By focusing on young adults we propose to make two contributions. *Empirically*, bringing to the fore the *voice* of young adults may teach us about the longer term impact of citizenship education on their lives as citizens. *Theoretically*, we believe that the study of citizenship education is caught in an ideological impasse, torn by both the tension between its universalistic and particularistic poles and its exclusive focus on the terms of inclusion in the citizenry. Preliminary findings allow us to draw two tentative conclusions: the general one, which we assume also applies to other nations, is that Israeli schools fail to imbue the notion of citizenship with a real meaning. The more specific conclusion suggests that an (intentionally) blurred concept of Israeli citizenship sends young Palestinian-Arab adults and young Jewish adults on different trajectories. The former, being caught in an impossible predicament of marginality, need to construct their own conception of citizenship against the one they are taught; the latter, given their preferential status fail to distinguish their citizenship status from their national identity, hence espousing a wanting concept of citizenship.

Politische Handlungsfelder zwischen Interessens- und Identitätspolitik. Unterrichtsbeispiele für die Sekundarstufe II

Philipp Mittnik, Georg Lauß und Stefan Schmid-Heher (Pädagogische Hochschule Wien)

Immer mehr politische Entscheidungen werden in nahezu allen politischen Handlungsfeldern (von Arbeitslosigkeit über das Gesundheits- und Bildungssystem) mit dem Thema Asyl, Migration bzw. Zuwanderung verknüpft. In den politischen Diskussionen verständigen wir uns immer seltener darüber, was wir wollen und wie wir gemeinsam leben möchten. Stattdessen wird immer öfter diskutiert, wer wir sind, wer zu „uns“ gehört und welche Leistungsansprüche aufgrund spezifischer Gruppenzugehörigkeiten bestehen sollten. Mit anderen Worten: Immer häufiger wird die politische Diskussion über gemeinsame oder auch gegensätzliche Interessen von Identitätsfragen überlagert. Der Vortrag präsentiert politikdidaktische Zugänge und Unterrichtsbeispiele, die Lehrer*innen dabei unterstützen sollen, sich gemeinsam mit ihren Schüler*innen mit dem Thema Intersektionalität und „Ethnisierung“ von Politik auseinanderzusetzen.

Ziel dieser Sammlung von Unterrichtsbeispielen für die Politische Bildung ist nicht, jegliche Form der Identitätspolitik als illegitim darzustellen. Es steht außer Frage, dass eine politische Gemeinschaft auf Vorstellungen gemeinsamer Identität angewiesen ist. Politischer Gemeinsamkeitsglaube im Sinne von Max Weber beruht dabei oftmals auch auf geschichtlichen, sprachlichen, kulturellen oder ethnischen Gemeinsamkeiten. Eine Vergemeinschaftung und das Herausbilden eines „Wir“-Gefühls können aber eben nicht nur „traditionell“, sondern auch auf der Basis gemeinsamer Interessen passieren.

Die Unterrichtsbeispiele ermöglichen das Erarbeiten von Kompetenzen und politikdidaktischen Prinzipien, die nötig sind, um in politischen Kontroversen identitätspolitische von interessenorientierten Argumentationen zu unterscheiden. Es ist schwerlich von der Hand zu weisen, dass Asyl- und Migrationsbewegungen das soziale, wirtschaftliche und politische Zusammenleben einer Gesellschaft verändern können. Es geht darum, einen rationalen Debattenrahmen zu schaffen. Das bedeutet einerseits, die Auswirkungen von Asyl und Migration nicht ausschließlich als Problem darzustellen. Es bedeutet aber auch, Herausforderungen, die unter Umständen durch Zuwanderung in unterschiedlichen politischen Handlungsfeldern entstehen, in ein Verhältnis zu anderen Problemen und zu ihren Ursachen zu setzen. Darüber hinaus sollen die Schüler*innen zum Nachdenken darüber angeregt werden, welche Interessengegensätze durch die Fokussierung auf Zuwanderungsthemen bei vielen Konflikten verdeckt werden.

Der Vortrag präsentiert zunächst den theoretischen und politikdidaktischen Zugang der Handreichung für LehrerInnen der Sekundarstufe 2. Im Anschluss werden ausgewählte Unterrichtssequenzen aus der Broschüre vorgestellt und diskutiert.

Durch-Blicken: Ein intersektionaler Fokus auf Ungleichheit als Fundament politischer Bildungsarbeit in der Lehrer*innenbildung

Alexandra Madl und Thomas Stornig (Pädagogische Hochschule Tirol)

Politische Bildung in der Demokratie sieht ihre Kernaufgaben in der Entwicklung politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit (Detjen, 2013; Lange, 2008). Aufgrund von als verschränkt zu betrachtenden Diskriminierungslagen ergeben sich in der Realität unterschiedliche politische und gesellschaftliche Teilnahmekancen für Bürger*innen, die dem demokratischen Ideal und den normativen Zielen der Politischen Bildung entgegenwirken. Lehrer*innen, denen es allgemein obliegt, Heranwachsende bei der Entwicklung ihrer demokratischen Bürger*innenrolle zu begleiten, benötigen zur Gestaltung wirksamer Politischer Bildung intersektionale Kompetenzen. Diese müssen als Voraussetzung gesehen werden, um Hindernisse für die demokratische Teilhabe von Lernenden erkennen und im Rahmen von Lernprozessen bearbeiten zu können.

Im Vortrag wird ein laufendes Projekt Forschenden Lernens in der Lehrer*innenbildung der PH Tirol präsentiert und zur Diskussion gestellt. Es zielt auf die Entwicklung von Kompetenz intersektionaler Analyse (Winker & Degele, 2015; Riegel, 2016) in der kritischen Auseinandersetzung mit der Schulpraxis. Forschendes Lernen (Fichten, 2010) ermöglicht den Studierenden die Einnahme einer intersektionalen Perspektive und zwar weniger durch die Rezeption von Wissen, sondern vor allem durch selbstständiges Analysieren, Erkennen und Reflektieren.

Nach einer Einführung in die Konzepte Diversität, Othering und Intersektionalität werden die Studierenden mit intersektionaler Heuristik (Riegel, 2016) vertraut gemacht. Diese Analyseperspektive bietet kritisches und dekonstruktivistisches Potenzial, indem das komplexe Zusammenwirken von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in Diskriminierungs- und Otheringprozessen sowie deren soziale Folgen hinterfragt werden. Schulen begünstigen Ein- und Ausgrenzungsprozesse durch ihre institutionelle Struktur, die Akteur*innen sind ihrerseits in hierarchische gesellschaftliche Verhältnisse involviert. Die Studierenden untersuchen angelehnt an die partizipative Aktionsforschung (Altrichter, Posch & Spann, 2018) hegemoniale Verhältnisse im Bildungskontext und werden dadurch für die Wirkung gesellschaftlicher Praxen der Auf- und Abwertung sensibilisiert. Sie setzen sich mit der eigenen Positionierung und Privilegierung auseinander und entwickeln einen kritischen Blick auf Institutionen und Gesellschaft. Das auf diese Weise gewonnene Verständnis gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse dient als Grundlage für die gemeinsame Entwicklung von Handlungsstrategien, um Schüler*innen für die Wahrnehmung ihrer demokratischen Bürger*innenrolle zu ermutigen und bestärken.